

Intitulé de l'épreuve : Note de synthèse

Nombre de copies : 1

Numérotez chaque page (dans le cadre en bas de la page) et placez les feuilles dans le bon sens.

Am 23.06.2016 hat sich das Vereinigte Königreich für einen Austritt aus der Europäischen Union (Brexit) entschieden. Eine bis März 2019 andauernde Verhandlungsphase ist vorgesehen - in der Zwischenzeit herrscht in erster Linie Unsicherheit. Im Folgenden sollen die Auswirkungen* einerseits auf in Großbritannien arbeitende EU-Staatsangehörige und andererseits auf in der EU arbeitende Briten behandelt werden. Da die Grundlage dieser Ausarbeitung größtenteils Artikel aus französischen Zeitungen oder Zeitschriften bilden, soll ein besonderes Augenmerk auf die Situation in Frankreich gelegt werden.

Auswirkungen auf in Großbritannien arbeitende EU-Staatsangehörige

Die direkten Folgen des Brexit auf die gesamtwirtschaftliche Lage Großbritanniens, die sich bereits erkennen lassen bzw. abzusehen sind (Kursverlust des Pfunds, Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeiten, Abschwächung des Wirtschaftswachstums, Abnahme des BIP usw.) werden sich ebenfalls auf den Arbeitsmarkt auswirken.

2016 wurde mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 5,3% im Jahr 2017 und 6,5% im Jahr 2018 gerechnet.

Hier von werden auch die 3,2 Mio. in Großbritannien
* des Brexits

N°

.../...

arbeitenden EU-Bürgerinnen und Bürger betroffen sein.

Hinzu kommt, dass insbesondere im bedeutenden Finanzsektor zahlreiche Einrichtungen Umzüge von London in andere europäische Städte und der Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt oder bereits durchgeführt haben.

Desweiteren könnte durch den Brexit die Freizügigkeit der Arbeits eingedehnt und ihre Arbeitsbedingungen aufgrund einer möglichen Visa- und Arbeitserlaubnispflicht erschwert werden. Auch in punkto Krankenversicherung, Arbeitslosengeld und Rentenzahlung kommen Fragen auf.

Infolgedessen könnte ein starker Anstieg der Auswanderung von EU-Staatsangehörigen aus Großbritannien beobachtet werden.

Auswirkungen auf in der EU arbeitende Briten

Da mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU auch die Privilegien für in der EU arbeitenden Briten wegfallen, wird vieles von den bilateralen Abkommen abhängen, die Großbritannien mit den einzelnen EU-Ländern aushandeln wird. Darunter werden auch Themen wie Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld und die mögliche Visa- und Arbeitserlaubnispflicht fallen. Letztere ist jedoch unwahrscheinlich, da diese zu große wirtschaftliche Folgen mit sich tragen würde.

Als Reaktion auf die weitende Unsicherheit versuchen zahlreiche Briten, darunter auch EU-Beamte, die EU-Staatsbürgerschaft in anderen Ländern zu erlangen. So stiegen die Anträge in Frankreich zwischen 2016 und 2017 zum Beispiel um 254% und in Deutschland um 361% an.

Grundsätzlich muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass es für die Europäische Union während

der Brexit-Verhandlungen von zentraler Bedeutung ist, die Rechte der in Großbritannien arbeitenden EU-Staatsangehörigen bzw. der in der EU arbeitenden Briten zu schützen und für diese eine faire Behandlung zu fördern. Darüber hinaus fordern insbesondere britische Unternehmen, die derzeit Zugang zum europäischen Binnenmarkt haben und vom Freihandel in Europa profitieren, Klarheit und entwickeln Notfallpläne, für den Fall, dass keine Übergangsphase geschaffen werden sollte. Frankreich seinerseits arbeitet an der Verbesserung seiner Attraktivität vor allem für die Aufnahme von Finanzinstituten, die die City of London verlassen werden. Hierfür hat es besondere steuerrechtliche Veränderungen vorgesehen.

